

# Oberschlesische Post

Die „Oberschlesische Post“ erscheint jeden Morgen mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt 5 Ml. monatlich bei ins Haus, bei der Post 15 Ml. vierteljährlich, hierzu die Postgebühren. Unter Streitband bezogen Ml. 8,00 monatlich.

Einzelpreis 50 Pf.

Redaktion, Anzeigenannahme und Expedition Gleiwitz, Niedermühle, 6, Fernsprecher Nr. 270. Verlag der „Oberschlesischen Post“ G. m. b. H. Verantwortlich für die Redaktion Georg Klimel, Gleiwitz.

Organ der  
Oberschlesischen Volksparrei

Der Insertionspreis beträgt für die 7 mal gespaltene Seite oder deren Raum 1,50 Ml. Die Nennanzeige kostet 5 Ml. Inseratenabnahme für die nächste Nummer bis 4 Uhr nachmittags. Zahlungs- und Erfüllungsort Gleiwitz.

Einzelpreis 50 Pf.

Nr. 68.

Gleiwitz, Mittwoch, den 25. März 1921

2. Jahrg.

## Die Verbreiterung des poln. Abstimmungserfolges. 401902 polnische gegen 376771 deutsche Stimmen. Darin 520 Gemeinden für Polen und nur 135 für Deutschland!

Wir haben gestern das Stimmergebnis im Industriebezirk und in den angrenzenden Kreisen dargestellt. Wir können es heute durch die Hinzunahme des Kreises Lublinz erweitern.

Dieser für Polen nicht allzu günstige Kreis vervollständigt das siegreiche Ergebnis in dem östlichen Gebietkomplex.

Statistisch stellt sich das Bild von den Kreisen: Beuthen Land, Beuthen Stadt, Gr.-Strehlitz, Kattowitz Stadt, Kattowitz Land, Pleß, Gleiwitz Stadt, Gleiwitz Land, Gabitz, Rybnik, Königshütte und Lublinz folgendermaßen dar:

Stimmen		Gemeinden	
Polnische	Deutsche	Polnische	Deutsche
401 902	376 771	520	135
In Prozenten: 52%	48%	80%	20%

Aus obigen Ziffern geht hervor, daß in dem durch diese Kreise bestimmten Komplex, die polnische Mehrheit unbestreitbar ist.

Hinzufügen könnte man noch Einzelheiten aus dem Kreise Ratibor.

Auf dem rechten Oderufer (auch für dieses liegen genaue Ziffern noch nicht vor) stimmt 31 Gemeinden für Polen und 6 für Deutschland.

Das Allgemeinergebnis der in einem Block zusammenhängenden Kreise unter Hinzunahme des rechten Oderufers in Ratibor stellt sich bezüglich der Gemeinden folgendermaßen dar:

551 für Polen,  
141 für Deutschland.

Sinzu kommt noch eine gewisse Anzahl Gemeinden des Kreises Kościerzyna auf dem rechten Oderufer, und des Kreises Rosenberg, in welchem die poln. Stimmen die Mehrheit hatten.

Aus dem Kreise Oppeln, dem linken Oderufer, von Kościerzyna und Ratibor fehlen genaue Resultate noch.

Nach ergänzenden Meldungen lautet das Resultat im Kreise Rybnik:

52473 für Polen,  
27976 für Deutschland,  
104 Gemeinden polnisch und 11 deutsch.

### Nach der Abstimmung.

Die Schlacht ist geschlagen. Versiegt und zerstoben sind die deutschen Hoffnungen. Oberschlesien, insondere der Industriebezirk, dem besonders das Abstimmungsinteresse gilt, hat bewiesen, daß er polnisch ist und daß er seinen Anschluß an Polen sucht. Von vornherein steht fest, daß die überwiegende Mehrheit der Landgemeinden des Industriebezirks sich für Polen erklärt hat. Das Abstimmungsresultat der Städte war in der Form, wie es erfolgte, klar vorauszusehen. Es ist ein großer Unfug, das Zahlenverhältnis der beiderseitigen Resultate von Gesamtoberschlesien zur Grundlage eines Urteils zu machen. Die Bewertung der Wahlresultate muß lediglich nach den Kreisen und zwar nach dem prozentualen Verhältnis der Gemeinden beurteilt werden.

Aufgrund dessen ergibt es sich, daß in allen Industriebezirken eine absolute polnische Mehrheit der Landgemeinden für Polen besteht. In vier Kreisen ist die Stimmenmehrheit der Landgemeinden im Verhältnis zum Resultat der Kreisstädte, daß sogar die polnische Gesamtstimmenzahl die deutsche überwiegt. Diese Kreise sind Pleß, Rybnik, Tarnowitz, Groß-Strehlitz. In Beuthen, Kattowitz, und Hindenburg teilen sich die beiden Parteien fast um Haarsbreite in die Gesamtstimmenzahl der Städte und Landkreise.

Selbst drängt sich nun die Frage auf, wenn werden nun die Kreise zugesprochen. Unseres Erachtens kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kreise Polen zugewiesen werden, da nach dem Friedensvertrage die Mehrheit der Gemeinden allein ausschlaggebend ist. Stellen doch die Landgemeinden in ganz besonderer Weise das oberschlesische Volk dar, während die Städte mit ihrem fluktuierenden Bevölkerung und der vollstremenden Humanisierung in den letzten Jahren der industriellen Entwicklung und ihrer Hochkonjunktur nur einen kleinen Prozentsatz ansteigender Bevölkerung von Ur-Urgroßvaters Zeiten her aufweisen.

Vor allem, und das ist der springende Punkt, hat es die Fluktuation der oberschlesischen Stadtbewohnerung mit sich gebracht, daß so viele sogenannte Reichsdeutsche oder Emigranten als Abstimmungsberechtigte sich einsiedeln. Desgleichen weisen gerade die Städte einen hohen Prozentsatz von Abstimmenden der Kategorie C, d. h. solcher, die hier seit 14 Jahren ansässig sind, auf. Die Emigrantenabstimmung bleibt ein himmelschreitendes Unrecht gegenüber der einheimischen Bevölkerung.

Wie kommen denn fremde Menschen dazu, die Oberschlesien für immer den Rücken gekehrt haben, mit ihm nichts gemein haben, und froh sind, daß sie es wieder nach kurzem Abstimmungsaufenthalt gleichsam mit einem verschärflichen Blick auf Land und Leute verlassen. Wir fordern daher, daß die Hunderttausend Emigranten bestimmt dementsprechend bemerket werden.

Wenn wir des weiteren den riesigen deutschen Agitationapparatus, ihre stratosphärische Propagandatätigkeit, den Missbrauch der ausgeschließlich in deutschen Händen liegenden Antikriegswelt zur Beeinflussung der Abstimmung, alle deutschen Fälschungs- und Einschleicherungsversuche, alle deutschen Betrugsmethoden und den grenzenlosen deutschen Terror in Betracht ziehen, müssen wir konstatieren, daß unser Abstimmungserfolg glänzend ist. Wir kümmern doch die Deutschen mit großem Tamtam, daß sie im Industriebezirk eine 80prozentige Mehrheit erreichen werden.

Indessen beträgt trotz Teilnahme der Emigranten und der verbreiteten Gewalt und Propaganda die Stimmenanzahl einschließlich der Städte im Industriebezirk kaum 48 Prozent. Da die poln. Mehrheit der Landgemeinden mit 88 Prozent ist, darf überwältigend, daß kein Oberschlesier um Oberschlesiens Zukunft zu bangen braucht.

Schon heute können wir uns als Freunde der Republik Polens fühlen.

### Die Bedingungen des russisch-polnischen Friedensvertrages.

Warschau. Der in Riga am Freitag unterzeichnete russisch-polnische Friede heißt nach den amtlichen Meldungen Friede zwischen Polen und den Rätevereinigungen Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine. Die wichtigsten Bestimmungen des 26 Artikels umfassenden Friedensvertrages sind folgende:

Beide Staaten verzichten auf Ersatz von Kriegsschäden und Friedensschädigung, verbünden sich gegenseitig Agitation und Unterstützung Russlands, sowie Organisationen, die sich gegen die Regierung des Landes richten. Ebenso wird gegenseitig Achtungserklärung in Angelegenheiten der Vertragspartner garantiert. Neben den Besiegtenstaatsausch tragen die bereits abgeschlossenen Spezialverträge in Kraft. Weitere Bestimmungen regeln die Umlauffrage für politische und andere Vergehen. Besonders wird zum Ausdruck gebracht, daß Verbotsstrafen gegen Bürger des anderen Staates nicht mehr angewandt werden dürfen. Die Grenzziehung ist für Polen etwas günstiger geworden, als in den Präliminarien vorgesehen war, noch etwa 3000 Quadratkilometer sind hinzugekommen. Von besonderer Wichtigkeit ist die beiderseitige Erkennung der Ukraine und der weiß-russischen Republik. Darauf folgt die neue Grenze keine Grenze zwischen Polen und Rußland, sondern zwischen Polen und Weißrußland bzw. der Ukraine dar. Die Grenze verläuft von der alten Gouvernementsgrenze der Gouvernement Wilna bis nach Dirschau. Weiter sei hervorgehoben, daß Rußland und Weißrussland am Oderwatt, an diesem aufwärts bis auf Einigung in den litauisch-polnischen Streit verzichtet. Die Polen erhalten den Goldschatz der zaristischen Regierung Rußlands in Höhe von 30 Millionen Rubel. Die Ratifikationsurkunden des Vertrages sollen am 12. April in Minsk ausgetauscht werden. Die Verhandlungen über diplomatische Beziehungen und Handelsverträge werden baldigst abgeschlossen.

### Die polnische Mark.

Der Kurs der polnischen Mark betrug am 22. März:  
Bank: 11,80, Verkauf: 12,10 Pf.

### Unerhörter deutscher Terror.

Rybnik, 22. März. Wie uns gemeldet wird, gerüsten sich die deutschen Stoßtruppler angelicht der schweren Niederlage bestechlich wild. Sie überfallen die Polen, misshandeln sie und bedrohen alle polnischen Gefangenen mit dem Tode.

Wie lange soll dieses Verbrechertrieben der hauptsächlichen Stoßtrupp in Oberschlesien noch andauern?

So ist es im Kämpfe dergegenüber und was den Sieg der gerechten politischen Sache verhindert. Dass Polen können wir auf unsre treuen Oberschlesier, die so wahrhaft und unentwegt für unsre gemeinsame Sache eingetreten sind und unter schweren Opfern angesichts des blind wollenden deutschen Terrors den Sieg an unsere Fahnen gehisst haben.

Ein freies polnisches Oberschlesien wird Ihnen stets Dank dafür wissen. Noch ist ja noch das lezte Wort über Oberschlesier nicht gesprochen. Beim Obersten Rat in Paris liegt die endgültige Entscheidung. Der bereden Sprache der Resultate, wie wir sie heute veröffentlichten, wird sich kein Staat verschließen können. Nach Maßgabe des Friedensvertrages, der eine Majorität der Gemeinden über die Zugehörigkeit Oberschlesiens entscheiden lässt, muss der Oberste Rat Oberschlesien der Republik Polen zuwenden.

Doch heute sind wir uns schon darüber im klaren, dass der Deutsche mit seiner weltberühmten Hinterlist, Tücke und seiner Intrigenmärschheit alle Hebe in Bewegung setzen wird, um den polnischen Sieg in Oberschlesien zu verfehlern oder illusorisch zu machen. Note auf Note, Protest auf Protest wird die deutsche Regierung nach Paris kagen, um noch mit Hilfe der Lüge und Verleumdung retten zu wollen, was nicht mehr zu retten ist.

Doch wir haben zu den Interalliierten Mächten das feste Vertrauen, dass sie, wie das Recht es erfordert, uns Polen zusprechen.

Einen Ruhahndel mit sich treiben zu lassen, würde das oberschlesische Volk nicht mehr ruhig hinnehmen.

Um die paar Städte des engeren Industriebezirks, die eine größere Zahl deutscher Stimmen aufweisen, legt sich ein eiserner Ring gewaltiger polnischer Stimmenmehrheiten nicht nur der Landkreise des engeren Industriebezirks, sondern vor allem auch in den Kreisen Tarnowitz, Pleß, Rybnik, Landkreis Gleiwitz und Groß-Schlesien, sodass der Zahl der deutschen Stimmen von 376 771 die Majorität der polnischen Stimmen in Höhe von 401 202 gegenübersteht. Selbst wenn der Friedensvertrag keine gemeindeweise Abstimmung vorgesehen hätte, müssten die Kreise Beuthen Stadt und Land, Kattowitz Stadt und Land, Gleiwitz Stadt und Land, Gabrzej, Rybnik, Pleß, Tarnowitz und Groß-Schlesien zu Polen kommen. Wenn aber die im Friedensvertrag vorgenommene Gemeindezahl in Betracht zieht, dann ist das Resultat für Deutschland direkt niederschmetternd, denn den 135 deutschstimmenden Gemeinden obiger Kreise steht die gewaltige Zahl von 520 polnischstimmenden Gemeinden gegenüber.

## Wer hat polnisch gestimmt und wer deutsch?

### Zur Bewertung des Abstimmungsresultates.

Je näher man sich die Abstimmungsergebnisse betrachtet, desto deutlicher sieht man die Größe des polnischen Sieges und desto offensichtlicher wird der überwiegend polnische Charakter Oberschlesiens.

Man bedenke: Aus was für Wählern setzen sich die großen polnischen Mehrheiten in den wichtigsten Landkreisen zusammen? Aus lauter Männern und Frauen aus dem Volke. Aus Arbeitern, Landwirten, Bauern; hier haben wir aber im wahren Sinne des Wortes das oberschlesische Volk vor uns.

Und wer hat in den Städten für Deutschland gestimmt? Zugewanderte Beamte, Kaufleute, Großindustrielle und sonstige Werkzeuge der Germanisierungspolitik Preußens. Also alles Wähler, die mit dem oberschlesischen Volke nichts gemein haben. Und wer hat noch für Deutschland gestimmt? 200 000 Emigranten, von denen die meisten von Oberschlesien keine Ahnung haben, lauter landstreiche Elemente, die gewaltsam nach Oberschlesien getrieben, auf ein oder zwei Tage zu uns kamen, um auf Befehl der „Heimatfreuen“ und somit der preußischen Regierung, über ein Land militärisch zu schlagen, welches sie meistens nur vom Hörraus hören lassen!

Um sich die Größe des polnischen Sieges zu vergegenwärtigen, bedenke man noch folgendes: Von den 2 Millionen zählenden oberschlesischen Bevölkerung haben (ohne Emigranten) etwa 900 000 Wähler abgestimmt, von diesen entfallen ungefähr die gleichen Teile für Polen und für Deutschland. Man bedenke die gleichen Teile. trotzdem doch der Kreis Kreuzburg nur einen geringen Prozentsatz Polen aufweist, ja im Kreise Leobschütz (der ja bekanntlich an die Tschecho-Slowakei fallen soll) von einer rein-deutschen Bevölkerung die Rede sein muss, und wo doch die Städte, wie bereits erwähnt, als hauptsächliche Germanisierungszentren meist überwiegender deutsch sind und größtenteils von Leuten bewohnt wird, die aus dem Reich stammen!

Und noch ein wichtiger Umstand darf nicht übersehen werden: von den 11hunderttausend Bewohnern Oberschlesiens, die nicht abstimmungsberechtigt waren, entfallen mindestens 700—750 Tausend auf die Landkreise. Die Zahl der nichtstimmberechtigten Jugend ist in den Landkreisen mindestens doppelt so groß wie die in den Städten. Wenn also in den Landkreisen die überwiegenden Mehrheit für Polen gestimmt hat, so tat sie dies nicht nur für sich, sondern in erster Linie für ihre Kinder. Wir sehen, dass also danach mindestens zweidrittel der oberschlesischen Bevölkerung für Polen fühlt und zu Polen will. Und das wird auch die Entente sehen und danach ihre Entscheidung treffen, auch wenn das Gesetz der aldeutschen Preise noch so groß sein wird.

Das Ergebnis der Abstimmung ist ein so glänzender Beweis, wie überwiegend die polnische Bevölkerung Oberschlesiens ist, dass ein Erschrecken dem Obersten Rat nicht schwer fallen wird.

## Deutscher Stimmenzufluss.

Wie uns von vielen Seiten geschildert wird, haben die Deutschen versucht, durch Stimmenzufluss ihre Wahldurchsetzung zu verbessern. Wie besonders in einzelnen Gemeinden des Kreises Krotosz festgestellt wurde, haben Frauen der sogenannten besseren Schichten, Lehrer und Verwaltungsbemühte, alte Rentenempfänger am Tage vor der Wahl durch Geld (angeblich sollen jedem Rentenempfänger 100 Mark gezahlt worden sein) und Lebensmittel zur Abgabe des deutschen Stimmenzettels veranlasst.

## Die poln. Valuta steigt in Berlin gute außerordentlich feste Tendenz.

Berlin, 22. März. Die „Vossische Zeitung“ meldet von der Berliner Börse am Montag wörtlich folgendes:

„Die polnische Valuta lag, wie schon erwähnt, außerordentlich fest. Kosciuszkonoten, die am Sonnabend mit 8,30 geschlossen hatten, setzten heute mit 9,10 ein, um sprunghaft auf 9,50 a 10 anzusteigen.“

So meldet wörtlich die „Vossische Zeitung“: Heute steht die polnische Mark noch höher. Man vergleiche obige Meldung mit der Schwindelmeldung des „Wanderer“ einen Tag vor der Abstimmung, der die eisende deutsche Schwindelmeldung von der Schließung der Warschauer Börse brachte.

Es sind leider Tausende braver Oberschlesier diesen deutschen Schwindelbeweis zum Opfer gefallen, denn es hagelte ja färmlich Schwindel in den deutschen Blättern.

## Die deutsche Taktik nach der Abstimmung.

Das Abstimmungsergebnis ist den Deutschen stark auf die Nerven gefallen. Man versucht nun deutscherseits durch allerlei Manöver die polnische Stimmenmehrheit im Industriegebiet zu ignorieren und falsch zu interpretieren. Die „Volksstimme“ bringt es fertig, nach dem glänzend erbrachten Beweis, dass das oberschlesische Volk polnisch ist, eine Nationalitätsfrage in Oberschlesien zu leugnen und faselt von einer sozialen Frage. Besiedlung in Oberschlesien nur eine soziale Frage, so hätte die auch ihren eindrucksvollsten Ausdruck in den seinerzeitigen Revolutionswirken und dem damaligen Resultat der Reichstagswahlen gefunden. Wie sich die „Oberschles. Volksstimme“ aber noch erinnern wird, vermögen die sozialistischen Parteien nur einen Bruchteil der Mandate zu erobern. Nicht aus sozialer Opposition wählt das oberschlesische Volk polnisch, sondern weil es polnisch denkt und fühlt.

Wenn die „Volksstimme“ des weiteren der Ansicht ist, dass wir versuchen werden, einen Teil des oberschlesischen Landes zu bekommen, so verrät sie damit eine gewisse Unsicherheit in ihrem so stolzen Siegesbewusstsein. Es stimmt, wir werden das Oberschlesien und die angrenzenden Kreise, in denen wir eine 81proz. Gemeinde- und eine 52prozentige Stimmenmehrheit haben, für uns fordern, ohne zu befürchten, dass durch eine Teilung von Oberschlesien für unsre Heimat irgendwelche Katastrophen eintreten könnten.

Gerade Oberschlesien zerfällt so sichtbar in zwei wirtschaftlich verschiedene Teile, dass einer unabhängig vom anderen ohne ökonomische Nachwirkungen existieren kann. Schon eine Eisenbahnfahrt durch Oberschlesien läuft einen darüber auf, dass der westliche Teil agrarisch und der östliche und südliche industriell-wirtschaftlich ist. Da nun einmal die Abstimmung gezeigt hat, dass das Oberschlesien und die angrenzenden Kreise in ihrer Mehrheit sich für Polen erklärt haben, so kann auch der Oberste Rat nicht darüber hinweg, dieses Gebiet den Polen zusprechen. Die Bewohner des agrarischen Teils von Oberschlesien waren ja über ihr Los genügend unterrichtet, für den Fall, dass sie durch die deutsche Struppellose Propaganda irrgeschickt würden dem brutalen deutschen Terror nachgebend, für Deutschland votieren würden. Das Industriegebiet benötigt bei einem Anschluss an Polen dieses landwirtschaftlichen Teiles nicht, da Polen, bisher überwiegend Agrarstaat, die Versorgung von Industrieoberschlesien mit landwirtschaftlichen Produkten auszuführen imstande ist. Unterdessen ist aber auch der landwirtschaftliche Teil von Oberschlesien als selbständiger Teil ökonomisch denkbar, da er für seine Produkte hinreichenden Absatz in Deutschland findet. Als eine unerhörte Anmaßung muss es bezeichnet werden, dass die Deutschen mit dem Unteilbarkeitsbluff rein polnische Gebiete annexieren wollen. Das „unteilbare Oberschlesien“ so lautet jetzt ihre taktische Marke, um durch diese Fiktion bei der Entente zu erreichen, dass man das ganze oberschlesische Gebiet bei Deutschland beläßt. Eine derartige Taktik kann den Hirnen der freien Teutonen entspringen. Wundern muss man sich weiter über die deutsche Unverschämtheit, von einer polnischen Minderheit in Oberschlesien zu sprechen und zu schreiben. Denn bei näherem Ueischen schrumpfen die ganz minimalen deutschen Stimmenmehrheiten in den Bezirken Beuthen, Kattowitz, Gabrzej und Gleiwitz nach Abzug der Emigrantenstimmen derart zusammen, dass sich eine große polnische Mehrheit auch in diesen Kreisen ergibt.

So viel muss jedermann einleuchten, dass der fünfzige Regierungsgewalt nur die einheimische Bevölkerung unterworfen bleibt und diese ist, da hier bei die Emigranten doch gar nicht in Betracht kommen, überzeugend polnisch.

Um weiter wollen wir noch auf eine andere deutsche Macht weisen, die auf eine Verkleinerung der Bedeutung des polnischen Wahlsieges abzielt. Mit allerlei Künsten errechneten sich die Deutschen eine Majorität von 60 Prozent in Gesamtoberschlesien und wagen es

vor, von einer Dreidrittel-Mehrheit zu reden, die nach Widerstreit beidermisch Dreidrittel-Vorwahl überzeugt wurde. Wir sind der letzten Überzeugung, dass all die Deutschen Fälschungsliste und Fälschungsversuche in Widerstreit der tatsächlichen polnischen Majorität im Oberschlesien und den anschließenden Kreisen ohne alle Wirkung bleiben werden und der Oberste Rat wird nicht wütend können, die erwähnten Gebiete Polen zuzusprechen.

## Wahlanschlagungslügen der Deutschen.

Da die Deutschen bei der Abstimmung so wenig Glück hatten und die 80prozentige Mehrheit in Oberschlesien, besonders im Industriebezirk, ihnen versagt blieb, versuchten nach berüchtigter deutscher Kampfschrei „Vernichtungskampf“ zu erlegen. Sie sabeln vom polnischen Terror in den einzelnen Kreisen und erschrecken Wahlvotäte in verschiedenen Gemeinden. So erzählten die deutschen Zeitungen, dass in Radzionkau nur poln. Stimmenzettel ausgegeben wurden.

Die „Morgenpost“ ist durch eine Berichtigung des vorigen Ausschlusses aber schon zum Widerruf dieser Fälschung gezwungen worden. Die „Volksstimme“ träumt in ihrer gestrigen Ausgabe von gewaltigen Terrorattacken. Aus Niederschlesien weiß sie zu berichten, dass ein Deutscher namens Helbig, erschossen und ein Lehrer unmenschlich schwer verletzt wurde. Dass aber die beiden Stocherkämpfer nicht nach Niederschlesien gehörten, und einen Massentransport begleiteten, verschweigt sie. Desgleichen, dass sie dem Apotheker auf seinen Aufruf keine Folge leisteten, sondern mit ihrem Wagen davonfuhren wollten, weshalb sie beschossen wurden. Erst im Dorfe wurden sie von der Bevölkerung angegriffen. Der Terror in Oberschlesien wird nicht von den Polen ausgeübt, er geht einzig und allein von deutscher Seite aus. Die Polen befinden sich lediglich in der Abwehr, denn es kann niemand verlangen, dass sie sich von den Stocherkämpfern und Orgeschbanditen erhaben lassen. Nicht nur durch körperlichen Terror wurden deutscherseits die Polen am Abstimmungstage an der Wahl behindert, sondern auch durch moralischen seitens deutscher Vorgelehrter.

Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, dass viele Stimmberechtigte nicht für Polen zu stimmen wagten. Es ist doch komisch, zu lesen, dass bisher nur immer den Deutschen Unrecht geschehen ist, die doch alle so unschuldige Engel sind.

## Poincaré über die barbarische Kriegsführung Deutschlands.

Paris, 21. März. In einer Einlage, die Poincaré an Kriegsteilnehmer hieß, erklärte er u. a.: Diejenigen, die Frankreich retten, dürfen nicht vergessen oder vernachlässigt werden. Ihre Rechte müssen gewahrt werden, ihre Gehüren regelmäßig bezahlt und offene Stellen müssen ihnen vorbehalten werden. Damit aber Frankreich in der Lage sei, sich dieser Verpflichtungen fortlaufend zu entziehen, muss es selbst dem besiegten Deutschland gerecht erscheinen. Wenn man fordere, die Kiebel wieder gut zu machen, die es angerichtet hat, sei man weder von Hass noch Rache erfüllt. Man stoße bloß den Schrei des Bewusstseins der Menschlichkeit aus. Poincaré kritisiert dann die Kriegsführung Deutschlands mit den heftigsten Worten und behauptete, dass weder Désiré noch Bulgarien noch die Türkei sich im Laufe der Feindseligkeiten so betragen hätten wie preußische und sächsische Regimenter, die wehrlose Bürger erstickten. Dafür er anzündeten und Brünnen vergifteten. Wenn Deutschland sich seiner Verpflichtung entziehen wolle, so sei man verpflichtet, daran zu erinnern, dass die Alliierten das Recht und die Macht für sich haben.

## Unverschämte Hecke der „Volksstimme“ auch nach dem polnischen Abstimmungsergebnis.

Unter den Weisheitsergüssen der „Volksstimme“, die sich trotz des Ergebnisses das Lügen, Hecken und Irreführen noch lange nicht abgewöhnt hat, befindet sich folgende Stelle:

„Es besteht aller Grund, zu verlangen, dass die polnische Minderheit (!) in Oberschlesien ebenso behandelt wird, wie man eine evtl. deutsche Minderheit behandelt hätte.“

Abgesehen davon, dass dieses Lügenblatt durch die Voraussetzung von einer „polnischen Minderheit in Oberschlesien“ ihren mächtig enttäuschten Lesern noch immer die Tatsache verborgen will, dass die wichtigsten Kreise eine gewaltige Mehrheit für Polen aufweisen, „d. h. langt“ die „Volksstimme“ (sieht schon!) dass die polnische Bevölkerung dessenigen Teiles Oberschlesie der eine deutsche Mehrheit aufweist, so behandelt wird, wie „man eine eventl. deutsche Minderheit behandelt hätte“, d. h. natürlich deutlicher gesagt, ihr müsst die Polen so behandeln, wie wir (d. Volksstimme) auch die Behandlung der deutschen Minderheiten durch die Polen gecharakterisiert und vorausgesagt haben . . .“

Die armen „Volksstimmenleser“, die nun mehr sehen, wie furchtbar sie belogen und betrogen wurden, sollen also noch weiter aufgehetzt werden! Es wäre wirklich die allerhöchste Zeit, dass dieses Lügenblatt endlich ebenso gemäßregelt wird, wie der „Wanderer“ und die „Morgenpost“.

## Gegen deutsche Lügen in der Währungsfrage.

Die polnische Presse erhebt sich in allerhand Täuschungen über das polnische Auto-nomie Gesetz und die darüber befindliche Währungsfrage. So findet die „Oberschlesische Volksstimme“ vom 12. März, daß dieses Gesetz überhaupt kein Gesetz, sondern bloß ein Programm oder ein Versprechen sei, das nach preußischer Art einfach nicht gehalten werden soll. Man kann sich nicht unmöglich, daß ein preußisches Blatt alle Gesetze und Verträge für wertlose Papierzeichen ansieht. In Polen dagegen gilt dieser Grundtatsache nicht. Das polnische Autonomiegesetz ist ein Gesetz, und ein Prozent ausgleicht. Das es mit den oberschlesischen politischen Parteien seinem ganzen Inhalt noch vereinbart und ordnungsmäßig befohlen wird, ist offensichtlich. Dasselbe gilt vom polnischen Gesetz vom 18. Dezember 1920, wonit der Artikel 10 dahin erweitert wird, daß die Abschaffung der deutschen Währung nicht mehr von einem Übergangszeitraum des polnischen zu beginnen ist, mit dem schlesischen Woiwodschaftsrat, sondern von dem schlesischen Woiwodschaftsrat, sondern von dem schlesischen Landtag allein abhängig gemacht wird. Dr. Einward der „Oberschlesischen Volksstimme“ daß zwischen beiden Gesetzen ein Widerspruch vorliegt und daß deshalb keine von ihnen verbindlich ist, nemlich dem angeblich rechtschaffenen Grundtatsache, daß widerstreiche die Gesetzesbestimmungen überlaut nicht gelten — beruht auf Unwissenheit oder Versehenheit des Autorenkreislers. Denn seit Jahrhunderten gilt in der ganzen Welt die römisch-rechtliche Regel, „lex posterior derogat priori“ oder auf deutsch: „das spätere Gesetz hebt das frühere auf.“ Wie sollte man denn sonst bestehende Gesetze abändern können, da ja doch jedes neue Gesetz mit einem alten im Widerspruch stehen müßt. Das Gesetz vom 18. Dezember 1920, das dem schlesischen Landtag mehr Rechte verleiht, als das Autonomiegesetz hat daher insofern das Recht auf seinen Seite.

Was der Artikel von der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der deutschen Währung in Schlesien behauptet, ist unrichtig, da es oberschlesische Wirtschaftsbezirke mit 2 oder mehr Währungsarten schon gegeben hat, so z. B. der deutsche Volkverein in den Jahren 1833—1871, sowie Niederschlesien und Riesengebirge seit der Auflösung der Antiken Zollvereine im Jahre 1850 bis 1855, als die volkliche Währung fast der einzige Notenbank noch beibehalten wurde. Es gibt aber verschiedene Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung, es gibt Stufen, die erste ist die Vollständigkeit, die zweite die Währungs- und Kreditgemeinschaft, die dritte die Einheit der Währungsgebung, Steuern und Abgaben. Die Vereinigung Polens mit Oberschlesien muß nicht gleich die letzte Stufe erreichen auch nicht die zweite, wie dies zahlreiche Beispiele der neuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte beweisen.

Nichtsdestoweniger kann die deutsche Mäßrigkeit in Schlesien unter keinen Umständen beibehalten werden, da Idioten für das Land eine eigene Notenbank entstehen möchten; die deutsche Reichsmark muß sich doch von Schlesien vollständig zurückziehen. Dadurch gewinnen aber die oberschlesischen Zahlungsmittel eine selbstständige Stellung, wodurch ihr Anteil in die Höhe gehoben wird, da er von den bisherigen deutschen Märkten nicht mehr beeinflußt werden wird. Es steht doch außer Zweifel, daß Oberschlesien auch heute schon eine aktive Zahlungsbilanz hält, die jetzt beim Ausse der deutschen Reichsmark, später aber seinem der schlesischen Währungseinheit zugute kommt muß.

## Die Bedeutung Polens für die oberschlesische Ernährungsfrage.

Was fordert den Anschluß O.-S. an Polen? Neben blutverwandtschaftlichen Banden und kultureller und religiöser Freundschaft und Sitte ist offenbarer Gemeinschaft sind es in nicht zu unterschätzendem Maße wirtschaftliche Interessen, welche eine Vereinigung Oberschlesiens mit Polen gebietetlich fordern. Insbesondere ein Umstand muß für den Anschluß an Polen von auschlaggebender Bedeutung sein: der oberschlesische Industriebezirk ist nicht im Stande, aus eigener

Bodenproduktion seine Überaus dichte Verdichtung zu erhalten. Deutschland ist schon vor dem Kriege selbst an ungünstiger Lebensmittelproduktion. Im Januar 1917 erließ derstellvertretende Kommandierende General in Breslau von Hirschmann einen Aufruf an die Schlesier, in dem er zum Durchhalten ermunterte, währendfalls für den Fall der Besiegung Deutschlands „Industrie, Handel und Landwirtschaft zugrunde gehen würde und jede Hoffnung auf bessere Zeiten da in wäre.“ Das Schicksal ist heute zur allerst schlimmsten Wirtschaft geworden. Deutschlands wirtschaftlicher Ruin ist unverkennbar. Wenn seine um seiner Kinder Zukunft teuer, der kann sie nur finden in Verbindung mit dem in Art der Kraftsfestaltung seiner Wirtschaft einer glanzvollen Zukunft zusteuerten Polen. Wo anders wird der oberschlesische Berg- und Hüttenarbeiter sein ländlicher Lebensmittelbedarf bedient können, wenn nicht an dem Übergang der landwirtschaftlichen Produktionen Polens? Wer erachtete Oberschlesien bis auf den heutigen Tag? Hören wir das Urteil eines deutschen Sachverständigen Dr. Moniuszki. Er schreibt:

„Die landwirtschaftliche Erzeugung dieser Länder (der polnischen D. Ned.) ist so gering, daß das oberschlesische Revier dort keinen gesamten Bedarf an Lebensmitteln zu so außergewöhnlichen Bedingungen und Weise erledigen könnte, wie sie seinem anderen Industrieviertel auch nur annähernd zu Gebote stehen.“ — Und in der Tat, waren es nicht Lebensmitteltransporte aus Polen, Koninkrysk und Galizien, die die im Haushalt des Arbeiters notwendigsten Nahrungs- und Getreidemittel in den oberschlesischen Industriebezirk brachten? Es seien hierfür einige Zahlen aus amtlicher deutscher Statistik angeführt, die die wirtschaftliche Wirklichkeit Oberschlesiens von Polen unmittelbar machen. Es wurden alljährlich nach Oberschlesien eingeführt Weizen aus Preußen und Polen 10 440 Doppelzentner, aus dem frischen Polen 61 000 Doppelzentner, Roggen 200 000 Doppelzentner bzw. 54 000 Doppelzentner Getreide 103 830 Doppelzentner bzw. 29 000 Doppelzentner, Kartoffeln 204 177 Tonnen bzw. 52 250 Tonnen aus Polen 170 807 Doppelzentner. Die jährliche Fleischausfuhr von Polen nach Oberschlesien betrug: Rindfleisch aus Polen und Pommern 12 157 Stück, dem übrigen Polen 554 Stück. Schweine 35 305 Stück bzw. 95 271 Stück, Schafe 592 bzw. 843 Stück; es erhielt auch, daß es vornehmlich die polnische Einfuhr war, die bei oberschlesischen Konsumtum er wählt. In Prozenten ausgedrückt, hatte Polen Schlesiens Markt an Verteilung mit 76,5 Prozent, an Fleisch mit 42 Prozent, an Kartoffeln sogar mit 83 Prozent. Für die Fleischausfuhr lassen sich entsprechende Zahlen in Prozenten nicht angeben, da unermöglich Mengen Fleisch im unregulierten Güterverkehr nach Oberschlesien eingeschafft wurden. Die angeführten Zahlen sprechen für sich selbst. Um wieviel mehr wird Oberschlesien an Polens Nachschub an landwirtschaftlichen Bodenproduktion teilnehmen können, wenn keine Grenzzölle der ungehinderten Einfuhr im Wege stehen und nach Durchführung der Bodenreform in Polen die Fleischproduktion in erheblichem Maße zunimmt und die Landwirtschaft zu einem noch blühenden Stande sich emporkämpft. Industriebezirke benötigen für den Absatz ihrer Erzeugnisse Schleife von vorwiegend landwirtschaftlicher Kultur. Industriebezirke bedürfen besonderen landwirtschaftlichen Gebiete um dort ihren Bedarf an Lebensmitteln bedient zu können, — beide Grundbedingungen seiner Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit findet Oberschlesien im Anschluß an Polen.

## Die Warenuversorgung in einem polnischen Oberschlesien.

Ein Artikel der „Ratsschlesischen Zeitung“ vom 13. März behauptet, daß die polnische Industrie über die Halbzugsfahrtlinie nicht hinausgegangen ist und schließt daraus, daß der Anschluß Oberschlesiens, das Herzland-Potatland nicht herstellt, der Bedarf an demselben noch steigern und deren Preis weit in die Höhe treiben wird. Dies wird umso mehr der Fall sein, als Oberschlesien die entwertete polnische Währung erhalten und auch deutsche Waren wird nicht kaufen können. Große oberschlesische Werke werden dann dem Stillstande ausgesetzt sein, weil sie die nötigen Maschinen entbehren werden, die unvermeidliche Folge soll dann massenhafte Arbeitslosigkeit sein mit allem, was daran hängt.

## Die Zukunft der oberschlesischen Industrie in Polen und in Deutschland.

Fast genau vor zwei Jahren, am 18. März 1919, als noch von der Volksabstimmung keine Rede war, hat der oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Katowitz an die deutsche Regierung eine vom Geheimen Bergrat Dr. Willinger und Bergassessor Dr. Giesenheimer unterschriebene Eingabe gerichtet, in welcher nichts weiter als der Anschluß eines Zollvereins mit Polen befürwortet wird. In der eingehenden Begründung werden die großen Vorteile einer solchen Vereinigung ausgezählt. Es wird ausgeschlossen, daß die oberschlesische Hüttenindustrie den freien Bezug polnischer Eisenere aus den benachbarten Gruben nicht entbehren kann. Oberschlesien hat bisher mehr als zweidrittel seines jährlichen Erdölförderes einführen müssen, wenn auch nicht alles aus Polen kam. Daneben besaßen die oberschlesischen Kohlengruben über 70 Prozent Grubenholz aus allen Teilen des heutigen polnischen Reiches. „Es ist gänzlich ausgeschlossen — liegt die Eingabe wörtlich — hierfür Erfahrt aus deutschen Forsten zu finden, ohne diese zu führen, aber wären die oberschlesischen Bergwerke nicht im Stande, ihre Förderung aufrecht zu erhalten.“ Unentbehrlich sind auch die übrigen Rohstoffe, Absäfte sowie Nahrungsmittel, besonders aber Schweinefleisch, daß von der schwer beschädigten Förderung in großen Mengen konsumiert wird und aus dem Deutschen Reich stand vor dem Kriege nicht in genügenden Mengen geliefert wurde, als der deutsche Schweinebestand noch weit größer war.

Der dritte Grund, der einen Zollverein Deutschlands, also auch Oberschlesiens mit Polen erwünscht erscheinen ließ, ist das polnische Abschlagsgebiet, das für Oberschlesien unentbehrlich ist. Man weiß ja, daß oberschlesische Erzeugnisse, hauptsächlich Kohle und Eisenwaren schwere Güter sind, die einen Transport auf weite Entfernungen nicht vertragen, daß insbesondere die Kohle in Friedenszeiten nicht einmal bis Berlin vordringen konnte, daß Berlin und ganz Norddeutschland englische Kohle verwendete, weil diese auf dem Wasserwege ankam und deshalb blu-

te die befehlste Wirtschaft des Artilleriereichers wohl natürlich nichts von der polnischen Bergbauindustrie, die von seinen preußischen Landsleuten ihrer Maschinen und sonstigen wichtigen Produktionsmittel während der Okkupation beraubt wurde, er weiß auch nichts davon, daß die Woiwodschaft Schlesien eine eigene Währung erhalten wird, die bei der gewiß aktiven Zahlungsbilanz des Landes bald einen sehr hohen Kursstand erreichen muß. Der Überschüler wird daher in der Lage sein, alle ausländischen, also auch die deutschen Waren ebenso kostengünstig zu beschaffen, als dies heute die Amerikaner, Holländer oder Schweizer tun können. Dies wird umso mehr der Fall sein, als die Einführung einer selbstständigen Schlesischen Währung nach der Abtrennung des Landes von Deutschland ausgeschlossen erscheint. Da nämlich die deutsche Reichsbank den oberschlesischen Geldmarkt nicht mehr bedienen kann, und eine eigene Schlesische Notenbank neuerdings werden muß, so folgt daraus, eine neue Währungseinheit, die bessere Wege ebnen wird, wenn man ihr auch den alten Namen beibehalten möchte.

Der „Volkswill“ vom 13. März kann wieder von der polnischen Verordnung nicht loskommen, von der er eine große Gefahr für die oberschlesischen Bevölkerung deutscher Geldzeichen befürchtet. Der Verfasser hat offenbar den Artikel 10 der polnischen Autonomiegesetzes nicht zu sehen bekommen, der ausdrücklich bestimmt, daß die deutschen Geldzeichen nicht zwangsweise eingezogen werden dürfen. Auch weiß er nicht vom polnischen Gesetz vom 18. Dezember 1920 das überhaupt die oberschlesische Währungsfrage dem schlesischen Landtag allein überläßt. Ein vertragsmäßig zustandegewonnenes Gesetz, wie es das polnische Autonomiegesetz ist, kann von einem anders erlaßten Gesetz noch weniger aber von einer Ministerialverordnung — wie es die polnische Verordnung ist, weder auf hohen noch abändern werden.

## Politische Beeinflussung der Paritätischen Ausschüsse durch Landräte.

Der Landrat von Toll-Gleiwitz hat am 4. März 1921 unter Nr. 313 eine Verordnung an die Paritätischen Ausschüsse des Kreises erlassen. Darin bringt er ihnen gewisse Maßnahmen des Kreiscontrollors zur Kenntnis. Die Verordnung ist lediglich in deutscher Sprache abgelegt.

Der Landrat ist Verwaltungsbehörde, er gehört zu den politischen Beamten und hat deswegen die Interessen der preußischen Bevölkerung wahrzunehmen. Aus diesem Grunde sollten auch die Landräte gemäß Paragraph 3 des Artikels zu Artikel 88 des Friedeisvertrages aus dem Abstimmungsgebiet entfernt werden. Das ist nicht gelungen, aus Gründen, die uns wohl bekannt sind. Wir werden dafür zur passenden Gelegenheit und am geeigneten Ort die Gegenrechnung präsentieren. Hier wollen wir nur feststellen, daß daraus der deutlichen Sache in der Plebisitiziaton Bedeutende Vorteile erwachsen sind.

Der Paritätische Ausschuk ist eine Plebisitzbehörde, muß also neutral sein. Er untersteht deshalb dem Unterrichtsamt Kreis Aro, und es darf deshalb in ihm Beamte noch nicht einmal als Mitarbeiter fungieren. Es kann darin Polen, die als solche und auf Grund der Gleichberechtigung der beiden Sprachen Anspruch auf polnische Kontrollen haben, und das unumstößlich, als bei Weitem nicht alle des Deutschen hinreichend möglich sind.

Wenn also nicht der Privatmann, sondern der Landrat in seiner amtlichen Eigenschaft an die paritätischen Ausschüsse Bekanntungen in Form von Mitteilungen erlässt, und zwar lediglich in deutscher Sprache, so wird damit das Wesen der Paritätischen Ausschüsse und ihr Verhältnis zu den polnischen politischen Behörden auf den Kopf gestellt! Nicht nur, daß ein polnischer Beamter Plebisitzaufgaben erledigt, und zwar in sprachlich unzulänglicher Form, sondern er legt sich den Charakter einer Zentralstelle, also eines Vorgetheilten der Paritätischen Ausschüsse des Kreises bei.

Das ist nicht nur ein grober Verstoß gegen das Abstimmungsreglement, sondern auch gegen das Strafgesetzbuch als Amahung von Amtsgewalt. Eine etwaige Ermächtigung durch den Kreiscontrollor hebt als gegen das Reglement verstörend und daher ungelegentlich den Volus nicht auf. Eine etwaige Unkenntnis des Gesetzes (Reglements) ist bekanntlich

liger war als die oberschlesische. Oberschlesien kann daher seine Erzeugnisse in der Hauptfläche nur in den benachbarten Gebieten, das ist vor allem Polen, ableiten, wenn es konkurrenzfähig bleiben will. Dabei ist der Bedarf Polens an Industrieprodukten einer Art fast unerheblich. Der Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Wirtschaftseinrichtungen, insbesondere der Verkehrsmittele, Fabrikaten und der Landwirtschaft Sicher der oberschlesischen Industrie lohnende Beschäftigung auf Jahrzehnte hinaus.

Die Zukunft der oberschlesischen Industrie kann man aber erst dann genau ermessen, wenn man sich vorausgesetzt, was geschehen wird, wenn das Land bei Deutschland verbleibt. Was wird dann Polen tun? Es ist bekanntlich jetzt ein Neutralstaat. Man braucht nicht lange zu beweisen, daß ein Neutralstaat ohne eine hochentwickelte Industrie heutzutage seiner kleinen Nachbarstaaten keinen, noch sich erfolgreich verteidigen, noch auch seine Bevölkerung vor Auswanderung schützen kann. Polen wird daher dasselbe tun müssen, was alle anderen Neutralstaaten getan haben, es wird seine Industrialisierung mit allen Kräften und Mitteln fördern. Nur allem wird es natürlich auf die Entwicklung des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie bedacht sein. Und es besteht dazu alle Verbindungen. Das polnische Kohlengebiet ist bekanntlich so groß (2 837 qkm.) als das oberschlesische (2800 qkm.) Die polnische Regierung hat die Errichtung von Kohlegruben bereits vorbereitet und wird deren Ausbeutung sicherhaft fortsetzen, wenn Oberschlesien außerhalb seiner Grenzen verbleiben sollte, um einen Kohlebezug vom Ausland möglichst bald unabdingig zu machen. Dann aber wird es gegen das polnische Interesse sein, die Ausfuhr von Gruberholz nach Oberschlesien zu lassen, im Gegenteil man wird sie durch Ausfuhrverbote und Tarifmaßnahmen zu verhindern suchen. Das gleiche gilt auch von der Ausfuhr der Eisenere und sonstiger Rohstoffe die für Oberschlesien unerlässlich sind. Man sieht leicht ein, daß ein deutsches Oberschlesien nicht als Freund sondern als Feind und Hindernis der polnischen Industrialisierung behandelt werden wird.

Selbstverständlich werden die Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die oberschlesische Industrie nicht auf die Rohstofffrage beschränkt bleiben. Sie werden sich ebenso gegen die Einfuhr ihrer Erzeugnisse richten. Dafür wird schon die pol-

nische Konkurrenz sorgen. Man weiß ja, daß die langjährige polnische Eisenindustrie vielfach ihre zerstörten Werke nicht wieder aufbaut, sondern das Ergebnis der Abstimmung abwartet. Die Eigentümer wollen nämlich wissen, ob sie die oberschlesische Konkurrenz innerhalb oder außerhalb der Zollgrenzen haben werden. Wenn nun das Land deutlich bleiben sollte, so werden alle diese Werke wieder hergestellt und neue errichtet werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welchen Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongreßpolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzzölle gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstaunt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die furchtbare Belastung der oberschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald erhöht und erhoben werden müssen, auch entgegen die Ausfuhr von Gütern, die aus Polen entnommen werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welche Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongreßpolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzzölle gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstaunt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die furchtbare Belastung der oberschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald erhöht und erhoben werden müssen, auch entgegen die Ausfuhr von Gütern, die aus Polen entnommen werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welche Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongreßpolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzzölle gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstaunt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die furchtbare Belastung der oberschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald erhöht und erhoben werden müssen, auch entgegen die Ausfuhr von Gütern, die aus Polen entnommen werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welche Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongreßpolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzzölle gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstaunt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die furchtbare Belastung der oberschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald erhöht und erhoben werden müssen, auch entgegen die Ausfuhr von Gütern, die aus Polen entnommen werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welche Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongreßpolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzzölle gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstaunt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die furchtbare Belastung der oberschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald erhöht und erhoben werden müssen, auch entgegen die Ausfuhr von Gütern, die aus Polen entnommen werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welche Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongreßpolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzzölle gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstaunt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die furchtbare Belastung der oberschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald erhöht und erhoben werden müssen, auch entgegen die Ausfuhr von Gütern, die aus Polen entnommen werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welche Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kongreßpolnischen Unternehmer eine überwiegende Mehrheit besitzen und eben sie an russische Schutzzölle gewöhnt sind. Mit der Zeit, als die polnische Industrie unter diesem Schutz erstaunt, kann man Polen als regelmäßiges Absatzgebiet für Oberschlesien gar nicht mehr ansehen. Wenn man noch die furchtbare Belastung der oberschlesischen Ausfuhrwaren mit den zahllosen deutschen Steuern, die doch bald erhöht und erhoben werden müssen, auch entgegen die Ausfuhr von Gütern, die aus Polen entnommen werden, und man kann aus dem jetzt existierenden polnischen Zolltarif entnehmen, welche Zollschutz ihre Erzeugnisse genießen werden. Dieser Tarif ist eine getreue Nachbildung des russischen vom Jahre 1904. Obwohl er sich durch seine Erhöhung 1900 Prozent eingestuft, hat man schon einen Zuschlag von 1900 Prozent eingestuft. Die Aufrechterhaltung dieser Zollsätze kann als gefährdet angesehen werden, weil im polnischen Industrieverein in Warschau die Kong



# Erschließendes Gemeindemajorität oder Stimmenmajorität?

Den Maßstab für die ethnographische Beurteilung eines Landstriches können im allgemeinen nur die Landgemeinden liefern. Nur dort ist verhältnismäßig, daß es keine Stadtmajoritäten gibt, die Überhöhung des betreffenden Gebietes amtreffen. Die Städte erfahren jedoch entweder durch Landstreitende Pausa mit der Zeit eine erhöhte Vermischung der Ureinwohner mit auswärtigen Elementen. Beobachters die oberschlesischen Industriegebiete haben ihren antioptischen Charakter mit der Zeit verloren und zwar durch die Zunahme der Einwanderung in den achtziger und neunziger Jahren. Nationale Abneigung und Nationalität räumen vor einem Menschenalter Parc ein Drittel der heutigen Volkszahl. Viele Beamte und Kaufleute lassen in erster Sicht die Art der bestehenden Hochordnung nicht in der oberschlesischen Industrie aus Deutschland in die Industriestädte; die Städte nahmen in folgender Weise einen vorwiegend deutschen Charakter an. Zunächst aus urbarer Abwanderung nach Deutschland waren in den Städten in Rücksicht auf das Jahr 1870 die Migranten sich in den Städten zur Altschlesischen Einwanderung. Städte können also für die Beurteilung des politischen Charakters eines Gebietes gar nicht in Betracht kommen. In Polen und Ruthenland z. B. weisen die Städte nur in sehr geringer Zahl eine polnische Mehrheit auf, da in den Städten sich meistens die Juden angezogen haben.

Der Zweck der Volksabstimmung war doch in erster Linie, zu erkennen, was für ein nationales Gerüste das oberschlesische Gebiet habe und, wie eben darauf folgt, können dieses Gerüste in unveränderlicher Weise nur die Landgemeinden bestimmen. Sie haben es markiert und gezeigt, daß Oberschlesien polnisch ist. Gewiß gibt es zwischen den einzelnen Gemeinden erhebliche Größenunterschiede, aber das heißt bei der Gemeindeteilung unbedingt kein, zumal da, wie eben dargelegt, die Städte selbst für die Beurteilung des politischen Charakters eines Gebietes nicht in Betracht gezogen werden dürfen. Aber auch hier sieht sich mit einer gewissen Vorsicht leicht eine Ueberhöhung erzielen, wenn man Beurteilungsversuche für die einzelnen Gemeinden je nach ihrer Größe ansetzt, und zwar die Landorte mit 1, die Industriestädte mit 3 und die Industriestädte mit 5 (voll 2 oder 3 mehr) Punkten bewertet. Es wäre unpraktisch, lediglich die Stimmenmehrheit in einem Kreise entscheiden zu lassen. Die deutliche hohe Mehrheit in den Städten stand ja von vornherein fest, und um dies Resultat zu haben, war wirklich keine Volksbefragung notwendig.

Wie das Abstimmungsergebnis lehrt, steht das Land seiner Wahlbestimmung nach polnisch der größtenteils deutschen Stadt gegenüber. Vom verwaltungstechnischen Standpunkt aus betrachtet, ist diese Tatsache besonders interessant. Die Landgemeinden müssen, falls einzelne Kreise Deutschland zugestehen möchten, ihrer nationalen Mehrheit entsprechend politische Verwaltungen, Kreisvertretungen, Schulen usw. haben. Die vertragene, vorläufig allerdings nur parierte „Autonomie“ gestaltet ja dies den einzelnen Gemeinden ihrem politischen Belehrnis entsprechend zu; es steht also eine deutschregierte Stadt einem polnischverwalteten Land gegenüber, ein polnischer Landrat einem deutschen Bürgermeister. Städte haben, Gemeindesäle, Unterschieden und gesetzlicher Haß wäre die Folge.

Doch die Sache würde sich katastrophal gestalten, da die Deutschen an eine Reibesierung der polnischen Majorität in der Mehrzahl der Gemeinden nicht denken, sondern im alten halbitalienischen Germanierungsgeist auf eine Unterdrückung und Ausrottung der polnischen Bewohner aussehen würden. Das ganze wäre ein Hahn auf nationale Selbstbestimmung und -Verwaltung, und die entstehenden Folgen wären nicht abzusehen.

Anders gestaltet sich das Bild, wenn der polnischen Mehrheit der Gemeinden entsprechend, ohne Rücksicht auf die deutsche Stimmenmehrheit, die ja nur durch die große Zahl der Stimmberechtigten der Kreisstadt erzielt wurde, der Kreis Polen zusprochen wird. Aufgrund der polnischkeitsverträglichen Garantien oberschlesischen Autonomie wählt sich die überwiegend deutsche Stadt ihre Verwaltungsorgane, erhält ihre Schulen und auch in allen anderen Fragen werden ihre Forderungen und Wünsche befriedigt, so daß sie kein feindselicher Gegenstand in Stadt und Land ausfinden wird, seiner politischen Anerkennung und kulturellen Unterstützung Raum geben wird. Aus diesen Erwägungen heraus muß man daran denken, daß nur die Majorität der Gemeinden für die polnische Zugehörigkeit des betreffenden Kreises ausschlaggebend sein darf.

Für eine solche Lösung der Frage sprechen aber auch die Bestimmungen des Friedensvertrages. Der § 4 der Anlage zu Abschnitt 8 des Friedensvertrages lautet:

„Das Abstimmungsergebnis wird gemeinsam und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt.“

Es ist keineswegs nur eine wahltechnische Bestimmung, denn zu diesem Zweck braucht man keinen eigenen Paragraphen zu prägen. Im Gegentheil, gerade die Fassung des § 4 deutet darauf hin, daß die Majorität der Gemeinden als Beurteilung für die Zugehörigkeit des betreffenden Kreises in Frage kommt, denn ausdrücklich soll doch das Abstimmungsergebnis 1. gemeindeweise und 2. nach der Stimmenmehrheit in der Gemeinde festgestellt werden. Hätte § 4 diesen Zweck nicht, dann wäre er nur eine höchst überflüssige Bestimmung über einen doch gewöhnlich bei jeder Wahl praktizierten Abschluß. Wenn er jedoch eigens in den Friedensvertrag aufgenommen wurde, so geschah es eben deshalb, um die Gemeinden zum Beurteilungsprinzip des Wahlergebnisses zu machen und die Feststellung nach der Stimmenmehrheit in den einzelnen Kreisen in Verbindung mit den Stadtgemeinden von vornherein abzulehnen. Der § 5 stellt eine Erweiterung des § 4 dar, indem er die Bekanntgabe der gemeindeweise festgestellten Resultate an die internationalen Mächte bestellt.

Leiderlich der Wunsch kann der Vater des Gedankens sein, daß dieser Paragraph die Stimmenzahl für die Beurteilung des Wahlergebnisses vorsehe, denn wer die Durchsicht der Telegramme über die gemeindeweisen Resultate und ihre Weitergabe an die Pressevertreter mitgemacht hat (die ganze Nacht bis in den Vormittag hinein hat es gedauert), wird ohne weiteres zugeben müssen, daß es einfacher und praktischer wäre, falls es den alliierten Mächten nur an der Stimmenmajorität gelegen war, telegraphisch die Stimmenzahl des ganzen Kreises inkl. der Kreisstadt einzufordern.

Unsere Beurteilung des Wahlergebnisses nach Gemeinden ist also kein Urteil, sondern hat ihre feste Grundlage in den diesbezüglichen Bedingungen des Friedensvertrages.

Von welcher Seite man auch immer diese Frage, ob Gemeinder- oder Stimmenmajorität entscheidet, betrachtet, muß man zu dem Resultat kommen, daß lediglich die Majorität der Gemeinden bei der Entscheidung über die politische Zugehörigkeit

der einzelnen Kreise mehr und zurückgewiesen ist. In diesem Sinne fordern wir mit vollstem Rechte, daß der Oberschlesische Rat Oberschlesien der freien Volksrepublik Polen überlässt.

## Die „feine“ heimatreue Presse.

Obwohl schon Freitag die Nachricht über die Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedens der ganzen Presse bekanntgegeben wurde, unterdrücken sie jedoch die deutschen oberschlesischen Zeitungen und bringen sie unter einer recht unauffälligen Überschrift erst heute. Da die besonders „feine“ „Vollstimme“ wagte, die Meldung wider besseres Wissens als „erstunken und erlogen“ hinzustellen.

Statt der Wahrheit dienen die deutschen Presseorgane lediglich der Lüge und der bewußten Erfüllung einer Unverantwortlichkeit sondergleichen ist es, daß sie zum Zwecke der Abstimmung einfluß am Tage vor der Wahl ein falsches Resultat der Gemeindestimmung vom vorhergehenden Sonntag abdrucken. Vom journalistischen Gewissen ist bei den deutschen oberschlesischen Zeitungsschreibern keine Spur zu finden. Und wundert nur die Gütigkeit der Lefer ihrer abgesetzten Lügenprodukte. Raum haben sie den Lügenfeldzug für die Abstimmungsvorbereitung beendet, sangen sie einen neuen gegen das Abstimmungsergebnis an und belügen das Volk weiter.

Die oberschlesische deutsche Presse ist wirklich sehr „fein“. Pfui, Skuduk!

## Nus Oberschlesien.

### Gleiwitz und Umgegend.

Um die Hardtage beschlossen wurde vor einem Tage am Bahnhof eine Dame. Der Verlust ist sehr erheblich, da sich darin verschiedene Bargeld und ein größerer Geldbetrag befand. Verdacht fehlt.

Auf der Petrikirche wurde einem Dienstmädchen auf der unverhofften Wohnung von unbekannten Tätern ein Tuchroß gestohlen.

### Benthen und Umgegend.

Miltätige Gaben. Zur Einsichtung bedürfender Erbkommunikanten hat die Stadt Löditz eine beträchtliche Menge Kleidungsstoffe geopfert. Ebenso hat das Polnische Rote Kreuz für Schlesien aus den dortigen Fabrikstädten zu besonders niedrigen Preisen erhalten. Den freundlichen Gebern sprechen wir auf die ehemalige Weizmühre herzlichsten Dank aus.

Deutsche Morbarden an der Arbeit. Am Dienstag morgen wurde in der Nähe des Bahnhofs eine Frau, die den Schlesischen Adler trug, von deutschen Stoßtrupps angrempelt und angedöbelt. Als einige vorübergehende Straßenpassanten die Banditen dieserhalb zur Rede stellten, gingen die letzteren tödlich mit Revolvern, Stöcken und Gummiknüppeln vor. Einige Passanten wurden dabei verwundet. Schüsse sind nicht gefallen, jedoch wurden die Überfallen von den Stoßtrupplern auch mit Revolvern bedroht. An dem freien Ueberfall nahmen auch verschiedene Banditen vom Bahnhofshotel teil, die herbeigerufen worden waren. 2 städtische Polizeibeamte, die nach einer Weile erschienen, hielten es nicht für nötig, die Stoßtruppler festzunehmen, sondern begnügten sich damit, dieselben aufzufordern, die Waffen einzusiedeln. Bemerkenswert ist, daß die Bande anscheinend überhaupt keine Waffenschränke besaß und trotzdem nicht entwaffnet wurde. Aus dem ganzen Verhalten der Beamten war deutlich zu erkennen, daß sie mit den Stoßtrupplern unter einer Decke stellten. Unsere Bevölkerung wird sich solche Pickelhauben gut für die Zukunft merken. In einem Kreise, der am Sonntag gezeigt hat, daß dreiviertel seiner Gemeinden rein polnisch sind, wird man gegen solchen Herren unangefochten vorgehen. Sie werden sehen, daß die Leute der Preußenherrschaft hier unwiderruflich dahin sind. Wenn sie glauben, sich jetzt in den letzten Wochen vor dem endgültigen Anschluß an Polen noch besonders austoben zu müssen, so werden sie sehen, daß das nur ihre Lage verschärft wird. Die Leute gefährdet haben, werden sie gar bald ernten.

### Wubinitz und Umgegend.

Deutsche Proletarier. Trotzdem der oberschlesische Industriebezirk durch die Volksabstimmung an Polen verloren, verhalten sich die Stoßtrupps des berüchtigten Weißkampfkommissariats immer noch nicht ruhig. Es verläuft wohl täglich eine Stunde, an der nicht polnischgebürtige Bürger in der innerstädtischen Weise herausgefordert werden. Neuer Verbrechen gegen angefeindete polnische Bürger der Stadt sind wieder geplant. So wird uns von einem Vertretermann im deutschen Stoßtrupps mitgeteilt, daß die Scheune des Fleischherstellers Nowak in Brand gestellt werden soll. Flammen also eine verarbeitete Brantstiftung erfolgt, welche die Öffentlichkeit von welscher Hand das Feuer angelegt wurde. Wir machen öffentlich darauf aufmerksam, daß für den Fall einer solchen Brandstiftung oder für den Fall weiterer Verbrechen am polnischen Volke wahllos an der deutschen Seite Vergeltung gelobt wird. Es scheint fast so, als ob die Heimatstreuen a. D. keinen Frieden haben wollen.

Leerschmieden in der Gasanstalt. Wir sind in unserer Annahme, daß der Teer und die Farbe, die zum Beschmieren von Wänden und Plästern zum Zwecke der verdeckten deutschen Sache verwendet wurden, aus der Gasanstalt stammten, durchaus nicht festgegangen. Die heimatstreuen Hitlerkrieger (Höringjünger) Idzikowski und Kozak wurden in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag zwischen 11 und 12 Uhr in der Gasanstalt gefangen. Wir fragen den Direktor der Gasanstalt, was diese beiden Leute zur Nachzeit im Gaswerk zu tun hatten? Es liegt doch klar auf der Hand, daß sie sich nur in den Besitz des Teers gelegt hatten, denn darüber war ihnen dies unmöglich, zumal der überwiegende Teil der Belegschaft sich zu der polnischen Gesinnung treibt.

## Offener Brief an den Grafen Weitzer in Laband.

Die formelle Erklärung des oberschlesischen Großgrundbesitzes ist für den Kreis Tost-Gleiwitz durch den Grafen Weitzer in Laband unterzeichnet.

Was Einwohner Labands, als Bautzbeteiligten, ist folgende kurze Erklärung darauf gestellt:

Daß der Großgrundbesitz Oberschlesiens trotz und dankbar zu Preußen hält, wundert uns nicht. Er hat ja ganz besondere Gründe dafür. In seinem deutschen Staate und in seiner preußischen Provinz ist nämlich der Großgrundbesitz von Seiten der Regierung verartet bevorrechtet worden, wie in Oberschlesien. Während die Reformen Stein-Hardenbergs (Abbildung d. L. Weiters) im übrigen Preußen schon um das Jahr 1820 in Ausriss genommen wurden, wurde der oberschlesische Großgrundbesitz noch ganze dreißig Jahre mit diesen Reformen verhängt, d. h. der Oberschlesier mußte noch ein paarces Menschenalter dem Großgrundbesitz Slavendienste leisten. Erst als 1848 die Revolution ausbrach, bekam es auch unser Großgrundbesitz mit der Wucht zu tun und schritt zu der sogenannten „Separation“, d. h. zur Scheidung des Herrn- und Bauernlandes. Was es mit dieser „Separation“ für eine Bewandtnis hatte, ist den Bauern im Gedächtnis gehoben. Sie war hier in Oberschlesien nichts anderes als ein Mittel, unter dem Mantel einer Agrarreform, unsere Väter nach echt ländlicher Art nicht nur um den besten Acker, sondern auch um die ihnen gegebenen Flächenmengen zu betrogen. Statt eindeutig des erblichen Besitzes und einhalb des ländlichen Besitzes — wie es im übrigen Preußen der Fall war — mußten unsere Vorfäder dem oberschlesischen Großgrundbesitz den gesamten ehemaligen und lassischen Besitz bis auf 3 oder 4 Morgen ausantworten, um sich von der Lebseigenheit zu befreien, und dies, nachdem sie ein ganzes Menschenalter länger hatten Slavendienste leisten müssen, a's im übrigen Preußen. Nicht genug damit, verloren die ab Wüstenbauern — wiederum im Gegensatz zum übrigen Preußen — auch noch das Recht auf Waldweide, Waldboden und Baumholz, und mußten sich noch auf die Dauer von 4 Jahren zu Großgrundbesitzern geben Taxe' ohne verfließen. Die Sanierungen die er überall über den menschenfreundlichen „Reform“ sind uns gleichfalls im Gedächtnis verblieben: in der Zeit von 1850 bis 1880 sind etwa 2000 selbständige Bauernhäuser infolge völkerlicher Verarmung, weil sie unter solchen Großgrundbesitzern nicht existenzfähig waren, von der Bildfläche verdorben und wieder dem Großgrundbesitz anheimgefallen; 220 000 Hektar oder 33 Prozent des Abstimmungsgebietes befindet sich heute dank der preußischen Agrarpolitik in Oberschlesien in Händen von 7 Großgrundbesitzern; dank derseben preußischen Politik haben wir in Oberschlesien ein landwirtschaftliches Proletariat, wie man es nirgends mehr in Deutschland findet: etwa 88 000 Kleinbauern belassen jeder weniger als 2 Hektar, zusammen etwa 72 000 Hektar, darunter befinden 38 600 kleinste Landwirte.

Weiche bevorrechtete Stellung gerade der oberschlesischen Großgrundbesitz in späterer Zeit bis zum Ausbruch des Weltkrieges innehatte, ist jedem von uns früh in Erinnerung.

In Jahrhundertenlang, systematisch Arbeit hat also die preußische Agrarpolitik alles daran getan, um diejenige ländliche wirtschaftliche Verfassung in Oberschlesien zu erreichen, wie wir sie heute im 20. Jahrhundert vorfinden:

einerseits den größten Großgrundbesitz andererseits das größte Landwirtschaftliche Proletariat.

Wir verstehen es also, daß der Großgrundbesitz Oberschlesiens treu und vor allem dankbar zu Preußen hält. Umso wichtiger verstehten wir aber, wann das ländliche Proletariat frei und dauerhaft zu demselben Preußen halten sollte.

Noch läßt und widerständlicher ist für uns, was der Großgrundbesitz von gelegentlichem Besitzer zwischen oberschlesischer Bevölkerung und den Preußen spricht.

Ihr Herr Vater, Herr Graf, hat seinerzeit im preußischen Reich jeder weniger als 1 Morgen, zusammen 18 562 Hektar, seinen Hinterhause offen und frei für die Enteignung der polnischen Landbevölkerung in den östlichen Provinzen bestimmmt. Das war ein ehrliches Wort, denn es geht zu der preußischen Agrarpolitik und zu der Gesellschaftsverfassung des oberschlesischen Großgrundbesitzes im Besonderen. Es war aber auch ein kräftiges Wort, denn mit seiner Hilfe ist die Entwicklung Czestochowa geworden. Was Sie, Herr Graf, zusammen mit dem Großgrundbesitz von gegenüberliegenden Besitzern der polnischen Bevölkerung mit den Preußen reden, ist weder ehrlich, noch kräftig. Es ist nicht kräftig, denn es ist nicht gegenüber der preußischen Bevölkerung gegenüber ausgedroht. Es ist nicht ehrlich, denn wir wissen nur zu genau, daß weder Regierung noch Ostarbeiterverein, noch der oberschlesische Großgrundbesitz jemals oberschlesische Erde, die doch in deren Augen für denkt gilt, hergeben wird, um das am polnischen nationalen Bewußtsein erwachte ländliche Proletariat Oberschlesiens wirtschaftlich und damit politisch zu stärken.

Damit fällt auch die letzte Worte, die der Großgrundbesitz und Sie, Herr Graf, mit ihm uns zugesetzt hat, nämlich die Worte von unserer ländlichen Weißkampfaktion in den östlichen Provinzen gesprochen. Es ist nicht ehrlich, denn wir wissen nur zu genau, daß weder Regierung noch Ostarbeiterverein, noch der oberschlesische Großgrundbesitz jemals oberschlesische Erde, die doch in deren Augen für denkt gilt, hergeben wird, um das am polnischen nationalen Bewußtsein erwachte ländliche Proletariat Oberschlesiens wirtschaftlich und damit politisch zu stärken.

Der oberschlesische Großgrundbesitz, der unsere Väter 30 Jahre länger in Weißkampf gezwungen hat, als es sonst der Fall war, der Großgrundbesitz, der durch Weißkampf an unseren Vätern uns zu dem gemacht hat, was wir heute sind, zum Proletariat, der Großgrundbesitz, der beim Zustandekommen des Enteignungsaspektes mitgewirkt hat, hat das Recht verwirkt, um uns in der Rolle eines wohlwollenden, väterlichen Erhalters hinzutreten. Seine Stimme dringt victimoslos an uns ab.

Dr. Botysa.

### Gottesdienstordnung:

Heilige Missions-Kapelle Gleiwitz. Gründonnerstag: 8 Uhr Hochamt für † Verwandtschaft Giemsa und Söhne.

Heilige Mission-Kapelle Gleiwitz. Gründonnerstag: 8 Uhr Hochamt für die Parochialen, darauf Ueberführung des Allerheiligsten nach der Kreuzkapelle zum Altar an die Gefangenenschaft Christi, hierauf Generalabsolution für die Mitglieder des III. Ordens. 7 Uhr abends letzter deutscher Kreuzweg.

Bartholomäus-Pfarrkirche Petersdorf. Gründonnerstag: 8 Uhr für Parochialen und Gemeinhardtige hl. Kommunion.

Andreas-Pfarrkirche Zabrze. Gründonnerstag: 8 Uhr hl. Messe auf Sat. der polnischen Kreuz-Ritter.

# Aichbeamtenkursus für Oberschlesier.

Auf Veranlassung des Polnischen Plebiszitkommissariats soll in allerseitiger Zeit im Haupt-Aichamte in Posen ein

## 3 monatlicher Kursus zur Heranbildung polnischer Aichbeamten

eingerichtet werden, an welchen aus einer Anzahl von Kandidaten aus Oberschlesien teilnehmen soll.

Die Teilnehmer am Kursus erhalten eine Unterstützung von 9000,— poln. Mark, zahlbar in 3 monatlichen Raten. Ein solcher mit Erfolg absolvierte Kursus gibt dem Kandidaten bei der Berufung bzw. Ernennung neuer Aichbeamten in Oberschlesien den Vorzug.

Die Aufnahme zum Kursus erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

- 1.) Zum mindestens mit Erfolg beendete Volksschule oder eine entsprechende Bildungsanstalt.
- 2.) Praktische Ausbildung im Schlosserhandwerk als Mechaniker oder Maschinenbauer.
- 3.) Den Vorzug erhalten von den Kandidaten zu 2) diejenigen, welche eine Maschinenbauschule mit Erfolg absolviert haben.
- 4.) Der Kandidat muss den Nachweis irgend einer mindestens zweijährigen Praxis erbringen, welche Gewähr dafür bietet, dass der Kandidat die technische Seite seines zukünftigen Berufes erfassen und beherrschen wird und auch im Stande sein wird, die in dem Rahmen seiner zukünftigen Stellung fallenden Gesetze und Instruktionen anzuwenden, ferner muss er im Stande sein amtliche Korrespondenz und Berechnungen zu erledigen.
- 5.) Das am entsprechendste Alter für die Kursusteilnehmer sind mehr oder weniger 30 Jahre.

Die Kandidaten haben spätestens bis zum 31. März d. J. selbstgeschriebene Gesuche und Lebenslauf entweder persönlich oder mit Einschreibebrief an das Polnische Plebiszit-Kommissariat Abt. für Industrie und Handel Zimmer 19 im Hotel Lomnitz, Beuthen O.-S. einzureichen.

Dem Gesuch sind beizufügen:

- 1.) Lebenslauf mit genauer Angabe der Adresse, Datum und Ort der Geburt, Beruf oder Art der Beschäftigung, Stand und Angabe des Wohnortes der Eltern, genaue Angabe über erhaltene Vorbildung und Militärverhältnisse.
- 2.) Schulzeugnisse im Original oder beglaubigter Abschrift, amtliches Führungszeugniss und ärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand.
- 3.) Schriftliche Verpflichtung zu einem mindestens 3-jährigen Dienst im Aichamte nach Absolvierung des Kursus.

Infolge beschränkter Anzahl der einzustellenden Kandidaten haben die besser qualifizierten den Vorzug. In den ersten Tagen des Monats April erhalten die Kandidaten Bescheid über ihre Aufnahme und diesbezgl. weitere Informationen.

Beuthen, den 15. März 1921.

## Polnisches Plebiszit-Kommissariat

Abtg. für Industrie und Handel

gez. Dipl. Ing. Józef Kledron.

## Lichtbild-Theater Rybnik.

Altes Kino. Neuer Ring. Altes Kino.

Dienstag, den 22., bis Donnerstag,  
den 24. März 1921.

## Die Teufels-Anbeter.

Nach dem gleichnam. Roman „Dard die Wüste“ und „Dardia wios stardzian“. Reiseerzählung von KARL-MAY in 6 Akten.

Basar auf das schone 3-akt. Karlsruhe-Lustspiel:

## Leute ohne Kinder

### J. STEINITZ

Inhaber: J. Piechowski

### GLEIWITZ, Bahnhofstr. 2

Haushaltsgeschäft

empfiehlt zu unerhöhten Preisen

Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge für Schmiede und Schlosser, Tischler u. sämtliche Handwerker, Dachpappe, Teer, Nägel, Tür- und Fensterbeschläge, sämtliche Bau-Artikel en gros und en detail.

Tel. 1129. Postscheckkonto 16012.

**BANK LUDOWY**  
in Zabrze, Kronprinzstr.  
nimmt Depositen an  
zu 4, 5 $\frac{1}{2}$  und 6% je nach Kündigung  
erteilt Darlehen,  
erledigt sämtliche Bank-Geschäfte  
Bürozeiten von 9 bis 1 Uhr vorm.

In der Nacht vom 19. auf 20. März verschied durch die Kugel eines deutschen Beamten der **Präses des Plebiszitkomitees und der Gemeinde-Vorsteher von Klokozihlu**

## Josef Gonsior

Der Verstorbene war ein eifriger Patriot, Kämpfer des oberschlesischen Volkes.

Ehre seiuem Andenken!

## Das Polnische Plebiszit-Komitee. Baldyk.

Der Tag der Beerdigung wird später bekannt gegeben.

Tow. Aic. Zakladów przemysłowo-budowlanych Fr. Merians & Ad. Dach. Warszawa, baut für die Sterechowitzer Hüttenwerke eine

## Waffen- und Munitionsfabrik

und sucht per sofort

Maurer, Zimmerleute, Arbeiter, Schmiede, Baufischler u. Sdlosser, sow. Betonarbeiter und Einstähler.

Wohnung in neuen, saub. Barakien, eigne Küche, Bäckerei, Fleischerei, Bade-Anstalt.

Ausser guter, reicherlicher und gesunder Kost zahlt man:

Maurern, für 8-stünd. Arbeitszeit 284 Mkps. Zimmerleute, Einstähler und

Betonarbeiter	209	"
Arbeiter	115	"
Schmiede	241	"
Bausdlosser	331	"
Baufischler	241	"
Maurer u. Zimmerpollere	353	"

Offerien zu richten an „Biuro budowy fabryki żelaza i manganu w Sterechowicach, poczta Wierznik.“

Zu verk. Damezwäsche u. Kleider. Zu bestichty, am 24. 3. v. 1—6 Uhr im Zigarrenschiff Glotzstr. Kronprinzstr. 2a Kaufmarkt.

## Blut-Jong-Essenz

alkoholhaltige Ware pr. Dtz. M. 18.00 Nachm. exkl. Verpackung u. Porto, sowie alle and. Thüring. Hausm. Verl. Sie gratis Preisliste. Otto Ramm, chem.-pharm. Präpar., Penig Sa.

\*\*\*\*\*  
Gäml. Anzeigen  
finden in  
unserem Orgor  
durch seine hohe  
Aboneumengzahl bei  
weitere  
Verbreitung.  
\*\*\*\*\*

## Górnośląski Bank Handlowy

Filiale RYBNIK, am Ring

Tel. Nr. 25. am Hause des Herrn Kaniański. Tel. Nr. 26.

An- und Verkauf von Wertpapieren sowie fremder Geldsorten

Annahme von Depositengeldern und Kreditgewährung

Aufbewahrung v. Wertgegenständen

Diskontierung von Wechseln

Erledigung sämtlicher sonstiger Bankgeschäfte

Drucksachen aller Art liefert sofort  
M. Kaniański,  
Gleiwitz O.-S. — Niedervalzstr. 6.